



Uneinig

Frankreichs Linke in Nöten: Sozialist Hamon von seiner Partei verlassen, Mélenchon probt Alleingang

3

Untätig

Anschlag auf Berliner Weihnachtsmarkt: NRW-Polizei soll frühzeitig vor Attentäter gewarnt haben

4

Unveräußerlich

In der SPD-Bundestagsfraktion regt sich Protest gegen Pläne zur Privatisierung der Autobahnen

5

Unpolitisch

Wie aber wäre gesellschaftlicher Fortschritt zu komponieren? Rückblick aufs Maerzmusik-Festival

11

Streik nach der Wahl

Beschäftigte von zwölf saarländischen Krankenhäusern legten Arbeit nieder, um für Entlastung zu demonstrieren – und Parteien an Versprechen zu erinnern. **Von Daniel Behruzi**

Die Bewegung für Entlastung an Saarländs Krankenhäusern geht auch nach der Landtagswahl vom Sonntag weiter. Am Montag legten rund 600 Beschäftigte aus zwölf Kliniken die Arbeit nieder und demonstrierten vor dem Saarbrücker Landtag. Schon um fünf Uhr früh waren 50 ver.di-Aktive aus den Krankenhäusern zum Flughafen gekommen, um den Spitzenkandidaten der Parteien auf dem Weg nach Berlin »Vergissmeinnicht«-Samen zu überreichen. »Wir wollten klarmachen: Egal wo ihr hinfaht, wir sind schon da und erinnern euch daran, dass die Pflege Entlastung braucht«, erläuterte ver.di-Sekretär Michael Quetting am Montag auf jW-Nachfrage.

Alle großen Parteien hatten im Wahlkampf versprochen, sich für eine Verbesserung der Situation in den Krankenhäusern einzusetzen. Die Monika Bachmann (CDU), Ministerin für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, sagte zu, verbindliche personelle Untergrenzen in den nächsten Krankenhausplan aufzunehmen. Auch SPD und Die Linke stellten sich hinter die ver.di-Forderung nach einer gesetzlichen Mindestbesetzung von Stationen und Bereichen im Krankenhaus. »Es dauert zwei Jahre, bis Vergissmeinnichtsamens aufgehen und blühen«, merkte Quetting an. »So lang können und wollen wir aber nicht warten, bis sich was tut.«

Neben dem Druck auf die Regierenden will ver.di auch die Klinikbetreiber nicht aus der Verantwortung entlassen. Die Gewerkschaft hat alle 21 Krankenhäuser des Saarlands zu Verhandlungen über einen Tarifvertrag Entlastung aufgefordert. Offenbar auf Druck der Landesregierung wird das Universitätsklinikum des Saarlandes noch im



Nicht nur vor den Kliniken protestierten die Pflegekräfte. Sie waren mit ihren Forderungen auch am Flughafen präsent

April Verhandlungen mit ver.di beginnen. Dabei soll es um die »Entlastung aller Beschäftigten«, also nicht nur der Pflegekräfte gehen. Ziel der Gespräche ist unter anderem, dass keine Station nachts mit nur einer Pflegekraft besetzt ist. Zudem sollen Beschäftigte im Bereitschaftsdienst und ältere Kollegen entlastet sowie ein Personalpool mit zusätzlichen Stellen geschaffen werden. Ver.di-Landesfachbereichsleiter Frank Hutmacher bewertete die Gesprächsbereitschaft der Uniklinik als »ersten wichtigen Schritt«. Das landeseigene Krankenhaus nehme in der Auseinandersetzung »eine Vorreiterrolle ein«.

Auch die Kliniken des Deutschen

Roten Kreuzes sowie der Caritas und des katholischen Marienhaus-Konzerns haben zugesagt, in Verhandlungen einzusteigen. All diese Häuser hat ver.di beim Streikaufruf für Montag außen vor gelassen, wodurch die Beteiligung entsprechend geringer ausfiel.

Die kommunalen Krankenhäuser ignorieren die Verhandlungsaufforderung hingegen beharrlich. Sie berufen sich auf eine Vorgabe der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), die örtliche Verhandlungen über Tarifverträge zur Entlastung des Klinikpersonals ablehnt. Durch diese Zentralisierung soll verhindert werden, dass ver.di in einzelnen Häusern Rege-

lungen durchsetzt, die anderen Belegschaften zum Vorbild dienen könnten. Rainer Tobae, Sprecher des »Saarbrücker Appells für mehr Pflegepersonal« und DGB-Vorsitzender im Saarpfalz-Kreis, kritisierte diese Haltung der kommunalen Träger bei seiner Rede auf der Demonstration scharf. Er forderte den kommunalen Arbeitgeberverband auf, »seine Verhandlungsblockade endlich aufzugeben«. Selbst kirchliche Krankenhäuser hätten mittlerweile eingesehen, dass die Verhältnisse »nicht gottgegeben« seien. Die städtischen Kliniken müssten im Interesse ihrer Beschäftigten und Patienten nachziehen.

■ Siehe Kommentar Seite 8

Generalstreik in Französisch-Guyana

Paris. Vor dem Hintergrund eines Generalstreiks will Paris bis Ende der Woche eine Ministerdelegation in das Überseedepartement Französisch-Guyana schicken. Das in Südamerika gelegene französische Gebiet befindet sich in einer »bedeutenden sozialen Krise«, sagte Regierungschef Bernard Cazeneuve in Paris.

Schon seit Tagen protestieren Menschen gegen wirtschaftliche Probleme und Kriminalität sowie für eine bessere Gesundheitsversorgung. Am Montag begann ein Generalstreik, zu dem zahlreiche Gewerkschaften aufgerufen hatten.

2016 lag die Arbeitslosenquote in Französisch-Guyana im Schnitt bei 23 Prozent und damit mehr als doppelt so hoch wie in Frankreich insgesamt. (dpa/jW)

Iranischer Spion in Berlin verurteilt



Berlin. Wegen des Ausspionierens potentieller Anschlagziele in Deutschland und Frankreich muss ein Spion des Iran für mehrere Jahre in Haft. Das Berliner Kammergericht verurteilte den aus Pakistan stammenden Mustufa Haidar S. wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit am Montag zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und drei Monaten, wie eine Gerichtssprecherin sagte. Die Verteidiger des 31-jährigen hatten demnach eine Bewährungsstrafe gefordert. Als er im Juli 2016 festgenommen wurde, soll er bereits mindestens ein Jahr lang für den Geheimdienst der Kuds-Kräfte, einer Spezialeinheit der iranischen Revolutionsgarden, gearbeitet haben. Der Agentenlohn wurde der Sprecherin zufolge eingezogen. In Deutschland spähte S. den früheren Präsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG), Reinhold Robbe (SPD), aus. (AFP/jW)

Bulgarien vor schwieriger Regierungsbildung

Konservative gewinnen Parlamentswahl – verfehlen jedoch die Mehrheit

In Bulgarien hat die Partei der »Bürger für eine europäische Entwicklung« (Gerb) am Sonntag die Parlamentswahl gewonnen. Nach dem offiziellen Wahlergebnis, das am Montag in Sofia veröffentlicht wurde, erhielten die Konservativen 32,6 Prozent der Stimmen und 96 der 240 Sitze im Parlament. Zweite Kraft wurde die sozialistische BSP mit 27 Prozent, die ihre Präsenz in der Legislative auf 79 Mandate verdoppeln konnte.

Es war die dritte Parlamentswahl in Bulgarien binnen vier Jahren. Sie war nötig geworden, weil Borissow

nach der Niederlage seiner Kandidatin gegen den von den Sozialisten unterstützten Rumen Radew bei der Präsidentenwahl im November den Rücktritt seines Kabinetts eingereicht hatte. Auch seine erste Amtszeit hatte Borissow mit einer Demission beendet: 2013 war er angesichts von Massenprotesten zurückgetreten.

Vor diesem Hintergrund galt die Abstimmung am Sonntag als Richtungswahl hinsichtlich der künftigen Politik Sofias gegenüber der EU, der Bulgarien seit 2007 angehört. Während die Chefin der Sozialisten, Kor-

nelia Ninowa, und Präsident Radew ein Ende der EU-Sanktionen gegen Russland und eine engere Zusammenarbeit mit Moskau fordern, tritt Borissow für »pragmatische« Beziehungen mit der russischen Regierung ein und ist ansonsten ein treuer Verfechter von NATO und EU.

Nun steht ihm eine schwierige Mehrheitsfindung bevor. »Ich hoffe, dass wir eine schnelle Regierungsbildung sicherstellen können, die auf die Bedürfnisse der Menschen und die schwierige Lage in der Welt einget«, sagte Borissow am Montag. Im

Vorfeld der Wahl hatte er allerdings Koalitionen mit nahezu allen Parteien ausgeschlossen – bis auf ein Bündnis nationalistischer Parteien. Während die dafür in Frage kommenden Vereinten Patrioten mit etwas mehr als neun Prozent den Sprung in das Parlament schafften, scheiterten die Reformisten an der Vierprozenthürde. Im Parlament vertreten sind dagegen die Partei der türkischen Minderheit DPS mit knapp neun Prozent und die populistische Wolja (Wille) mit 4,11 Prozent der Stimmen.

(Reuters/AFP/dpa/jW)

jW wird herausgegeben von 2.031 Genossinnen und Genossen (Stand 16.3.2017)
www.jungewelt.de/lpg



4 198625 901607